

Hoffmann-Riem, Wolfgang, Dieter Stammler und Martin Stock: Thesen zur Entwicklung des Rundfunksystems. Mit Diskussionsbeiträgen von C. Detjen u.a.- Hamburg: Hans Bredow Institut 1983, 76 S., DM 9,80

Nach dem 3. Rundfunk-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 16.06. 1981 hat sich die medienpolitische Diskussion verstärkt mit der Frage beschäftigt, in welcher Weise die Organisationsform zukünftiger Rundfunkanbieter festgelegt werden soll und kann. Dabei spielen vor allem die gegensätzlichen Organisationsmerkmale öffentlich-rechtlich vs. privatrechtlich, gemeinwirtschaftlich vs. privatwirtschaftlich und binnenpluralistisch vs. außenpluralistisch eine entscheidende Rolle. Sie werden in jeweils unterschiedlicher Kombination zur Modellbildung benutzt. Im Kontext dieser medienpolitischen Situation publizierten W. Hoffmann-Riem (Direktor des Hans-Bredow-Instituts in Hamburg), D. Stammler (Referent des Intendanten des Deutschlandfunks) und der Bielefelder Rechtswissenschaftler M. Stock in der Zeitschrift "Rundfunk und Fernsehen" "Thesen zur Fortentwicklung des Rundfunksystems". Diese Thesen sind nun gemeinsam mit kritischen Erwiderungen und Stellungnahmen in einem eigenen Band vorgelegt worden.

Hoffmann-Riem, Stammler und Stock vertreten in ihren Thesen, daß das Rundfunksystem auch angesichts "Neuer Medien" als öffentlich-rechtliches, binnenpluralistisches und gemeinwirtschaftlich finanziertes System fortentwickelt werden solle. Nur so könnten die wesentlichen Funktionsmerkmale des bisherigen, von den Autoren positiv bewerteten Rundfunksystems gewährleistet werden (Integrationsfunktion, relative Unabhängigkeit von einseitigen, vor allem kommerziellen Interessen); nur so könne eine bloß quantitative Programmvermehrung vermieden werden (für die es kein Bedürfnis bei der Bevölkerung gebe); nur so könnten schließlich qualitative Programmentwicklungen gesichert werden, etwa durch lokale oder/und europäische Programme, die zugleich die Chance zur Beteiligung neuer, kreativer Kräfte (auch "privater") in der Programmarbeit eröffneten. Unter Beibehaltung einer prinzipiellen - aber entsprechend zu modifizierenden - öffentlich-rechtlichen Verantwortung und unter Beibehaltung der Rundfunkgebühr für die Grundfinanzierung schlagen sie u.a. vor, die Rundfunkstruktur durch die Errichtung öffentlich-rechtlicher Kabelanstalten auf (sub-)regionaler Ebene zu dezentralisieren, zur Finanzierung Pay-TV-ähnlicher Angebote Sondergebühren einzuführen u.a.m.

E. Kantzenbach (Institut für Industrie- und Gewerbepolitik der Universität Hamburg) kritisiert die Festlegung der Thesen auf das binnenpluralistische Modell und setzt dagegen, das Wettbewerbssystem sei jeder Form zentraler Planung überlegen. I. Möller und W. Nöbel (Bundestagsfraktion der SPD) kritisieren die Thesen mit Argumenten, die inzwischen, nach der medienpolitischen Wende der SPD in diesem Jahr, schon historischen Stellenwert im politischen Geschäft haben. Ihr

entscheidendes und alle einzelnen Einwände verbindendes Argument ist, daß alle in den Thesen vorgeschlagenen Verbesserungen zu Programmangebot und Programmstruktur auch von den gegenwärtig existierenden, ohne Kabel und Satellit arbeitenden öffentlich-rechtlichen Anstalten geleistet werden könnten. M. Jenke (Hörfunkdirektor des WDR) sieht in den Thesen die Basis für einen möglichen (und notwendigen) neuen medienpolitischen Grundkonsens, da sie Wege aufzeigten, wie ohne grundsätzliche rechtliche Veränderungen der Rundfunksituation in der BRD das außerhalb der Anstalten vorhandene Kreativitätspotential für die Programmarbeit genutzt werden könne. B.-P. Lange (Sozialwissenschaftler aus Osnabrück) fragt kritisch nach der politischen Durchsetzbarkeit der Thesen. N. Schneider (Programmdirektor des Senders Freies Berlin) stellt drei Fragen an die Verfasser der Thesen: nach der Logik des Arguments, das Medienangebot von den Bedürfnissen der Bürger her zu begründen; nach der Richtigkeit der Annahme, Bürgerpartizipation bei der Programmgestaltung führe zu einer Präsentation von Bürgerinteressen im Programm; nach der Tragfähigkeit des Leitbegriffs der Thesen, der Integration. G.G. Kopper (von der Universität Dortmund) sieht in den Thesen vor allem vernachlässigt, daß die Fortentwicklung des Rundfunksystems eingebunden ist in die des Gesellschaftssystems und internationaler Systeme. Er zweifelt insofern den Prognosegehalt der Thesen an und weist als Alternative auf die Fortentwicklung des Rundfunkprogramms hin. U. Pätzold (von der Universität Dortmund) beschränkt sich auf eine Diskussion der in der These erhobenen Forderung, regionale Kabelanstalten einzurichten. Vor dem (unausgesprochenen) Hintergrund des Kabelpilotprojektes Dortmund, das im Frühjahr 1985 startet, ist ihm besondere Weitsicht zuzugestehen: daß nämlich die Kabelfernsehexperimente nicht - wie ursprünglich geplant - nur ein Test neuer Kommunikationstechniken mehr sein sollen, sondern daß sie Aufschlüsse über die Entwicklungsmöglichkeiten des Rundfunks entlang der Linie des technischen Strukturwandels geben müßten. K.H. Ladeur (von der Universität Bremen) zweifelt ähnlich wie Pätzold daran, daß es überhaupt noch rückholbare Pilotprojekte geben kann. Nach seiner Ansicht verhindern dies die in den letzten Jahren von der Nachrichtenindustrie verstärkt geschaffenen "Sachzwänge". Ch. Schwarz-Schilling (ehemals medienpolitischer Sprecher der CDU im Deutschen Bundestag) bezieht gegenüber den Grundprinzipien und Leitgedanken der Thesen eine alternative Haltung: Idealtypus einer vielfältigen Kommunikationslandschaft sei nach den Grundprinzipien des Wettbewerbs ein von Leistungskonkurrenz geprägtes, privatrechtlich organisiertes, außenplurales System. C. Detjen (Geschäftsführer der Anstalt für Kabelkommunikation des Landes Rheinland-Pfalz) kritisiert das politische Ziel der Thesen, das er darin sieht, den auf Abwehr neuer Strukturen bedachten Rundfunk-Konservatismus zu stärken. Diese Stärkung sei insofern auch notwendig, als diese konservative Position vor dem Dilemma stehe, daß die Mängel des gegenwärtigen Rundfunksystems empirisch nachweisbar, die negativen Folgen der Zulassung privatwirtschaftlicher Veranstalter jedoch bloße Prognosen seien. H. Schmidt und D. Stammler geben jeweils Zusammenfassungen der Diskussion.

Insgesamt bietet der schmale Band einen leichten Zugang, die interessen- gebundenen unterschiedlichen Positionen in der aktuellen medienpolitischen Diskussion kennenzulernen. Er ist in diesem Sinne durchaus geeignet für die Arbeit in Seminaren und Oberstufenkursen. Dem Medienwissenschaftler zeigt er - nicht zum ersten Mal -, daß zentrale Begriffe der Diskussion (wie der Begriff des 'Bedürfnisses', der 'integrativen Funktion') noch (oder wieder) theoretisch neu bedacht werden müssen.

Reinhold Viehoff